



ZEIT WISSEN KONGRESS 2025

MUT ZUR NACH ——— HALTIGKEIT

Das war der ZEIT WISSEN Kongress am 16. September in Berlin

KLIMA. MACHT. POLITIK.

**GLOBALE ALLIANZEN
FÜR KLIMASCHUTZ UND
BIODIVERSITÄT**



BEGRÜSSUNG
Andreas Sentker

KEYNOTE
Maria Furtwängler

**IST KLIMAOPTIMISMUS IMMER
NOCH GERECHTFERTIGT?
LET'S DEBATE**
• Fabian Franke
• Katharina van Bronswijk
• Tino Pfaff

**DER PLANET UND DIE GLOBALE
POLITIK: WELCHE KLIMA-
ALLIANZEN BRAUCHEN
WIR JETZT?**
• Andreas Sentker
• Karen Pittel
• Klaus Wiegandt
• Fabian Brandt

**“DIE UN-KLIMAKONFERENZ –
ZWISCHEN EUPHORIE UND
ENTTÄUSCHUNG“. INVESTIGATIVER
KLIMAJOURNALISMUS: FILM**
• Elena Erdmann
• Laura Hohmann

**VON TRANSPARENZ ZU TRANSFORMATION:
WIE UNTERNEHMEN KLIMA UND NATUR
SCHÜTZEN KÖNNEN**
• Zacharias Zacharakis
• Thomas Fritz
• Corinna Wolf
• David Lammers

INITIATIVPARTNER



ZEIT **WISSEN**

 **OliverWyman**



MARIA FURTWÄNGLER
Schauspielerin, Produzentin und Aktivistin

„Ich finde, wir sollten für die Natur einen neuen Begriff einführen: kritische Infrastruktur. Wir sollten anfangen, so über Natur zu sprechen und mit ihr umzugehen, wie wir es bei Stromtrassen oder Autobahnen tun. Denn wenn Natur kritische Infrastruktur ist, dann müssen wir in ihren Erhalt investieren. Genau wie wir in Straßen, Stromnetze oder Flughäfen investieren, müssen wir Wälder, Moore, Böden und Gewässer sichern.“



LOUISA SCHNEIDER
Autorin, Klimajournalistin, Moderatorin und Storytellerin

„Ich würde Menschen, die sich für Klimagechtigkeit einsetzen wollen, empfehlen: Einfach loslegen. Schaut euch um – wo gibt es Projekte, Initiativen oder Organisationen, bei denen man sich anschließen kann? Gemeinsam kann man mehr bewirken als allein. Ob in der Nachbarschaft, in der Wirtschaft oder in der Politik – überall wird man gebraucht. Und zwar jetzt.“



ARIEL MACASPAC HERNANDEZ
Senior Researcher, Privatdozent, GIGA Hamburg, Universität Duisburg-Essen

„Vor allem im Globalen Süden ist die Bewegung von Jugendlichen und von zivilgesellschaftlichen Gruppen sehr wichtig, um zum Beispiel Korruption zu bekämpfen, die mit Klimapolitik, Klimamaßnahmen oder Projekten verbunden ist. Das gibt mir Hoffnung – die Jugend.“



SURAJ MAILITAFI
Politischer Aktivist und Content Creator

„Reden reicht natürlich nicht. Wir müssen uns fragen, was wir konkret beispielsweise in der Wirtschaft tun und politisch verändern können. Mir ist es persönlich sehr wichtig, dass wir den Menschen gerade im Globalen Süden zuhören und ihnen eine Bühne schaffen, weil sie die Lösungen für ihre Probleme am besten kennen.“



KAREN PITTEL
Leiterin, ifo Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen

„Wir müssen uns im Klaren sein, dass es viele nicht-technologische Lösungen gibt, die zum Klimaschutz beitragen können – zum Beispiel Renaturierung oder auch Wiederaufforstung. Diese Maßnahmen stärken gleichzeitig die Biodiversität. Das müssen wir in der Kommunikation deutlicher machen und die Menschen dort erreichen, wo sie leben. Biodiversität hat einen direkten Einfluss auf das tägliche Leben, doch dieser Faktor gerät für viele häufig aus dem Blick.“

Die Diskussionen haben wir aufgezeichnet und sie sind verfügbar auf:
www.mut-zur-nachhaltigkeit.zeit.de



KLAUS WIEGANDT
Stifter und Vorsitzender des Kuratoriums Forum für Verantwortung

Der sozialverträgliche Abbau der Staatsneuerschuldung

Der deutsche Staat hat in den letzten Jahrzehnten grob fahrlässig gegen Grundsätze einer verantwortungsvollen Haushaltsführung verstoßen, insbesondere bei Ersatz- und Zukunftsinvestitionen sowie bei der Steuerpolitik. Die Folgen: marode Straßen und Brücken, eine Bahn ohne moderne Standards, immense Investitionsrückstände in den Bereichen Klima, Biodiversität, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Forschung und eine wachsende Polarisierung von Arm und Reich. Hinzu kommen vernachlässigte Investitionen in die innere und äußere Sicherheit.

Einzig bei der Staatsverschuldung nimmt Deutschland mit 64% des BIP im positiven Sinne den Spitzenplatz ein (USA 122%, Japan 240%), bildet als Folge der unterlassenen Investitionen jedoch seit Jahren das Schlüsslicht beim Wirtschaftswachstum.

Endlich haben wir eine Regierung, die bereit ist, in der gebotenen Größenordnung durch eine höhere Staatsverschuldung in die Zukunft zu investieren, wobei Medien heftig kritisieren, dies gehe zulasten künftiger Generationen. Der Hinweis auf Generationengerechtigkeit greift jedoch zu kurz, denn der Staat verzichtete jahrzehntelang auf Einnahmen aus einer Besteuerung des Betriebsvermögens ebenso wie auf eine minimale Umsatzsteuer im Finanzsystem – ohne die Staatsverschuldung ausweiten zu müssen. Möglich war dies nur, weil er ausreichende Ersatz- und Zukunftsinvestitionen unterließ.

Knapp 1% der Bevölkerung konnte so auf legale Weise jahrzehntelang enorme Vermögen anhäufen. Dieses eine Prozent besitzt heute mehr als ein Drittel des deutschen Privatvermögens, während 40% der deutschen Haushalte keinerlei Ersparnisse bilden konnten.

Für Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität sieht die UNO eine jährliche Finanzlücke von 700 Mrd. USD. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für innere und äußere Sicherheit weltweit alarmierend an.

Angeichts dieser absehbaren Belastungen ist es nur eine Frage der Zeit, wann global Erbschafts- und Finanztransaktionssteuern zur Finanzierung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften eingesetzt werden.



Die kommende Neuverschuldung muss und kann sozialverträglich über eine angemessene Erbschafts- sowie eine geringe Umsatzsteuer im Finanzsystem (Finanztransaktionssteuer) von diesem reichsten Prozent getragen werden, ohne hierdurch die Wirtschaft zu gefährden. Jährlich werden etwa 400 Mrd. € vererbt. Doch das absolute Steueraufkommen daraus beträgt lediglich rund 10 Mrd. € – dies entspricht einem Erbschaftssteuersatz von 2,5%. Diese geringe Größenordnung wird dadurch verursacht, dass über 80% des privaten Vermögens aus Betriebsvermögen besteht, das bei Erbschaften unter geringfügigen Auflagen nicht besteuert wird.

Eine kluge Reform der Erbschaftssteuer könnte so aussehen: Jeder Bürger erhält einen Freibetrag von 1 Mio €, ab etwa 20 Mio € würde ein einheitlicher Steuersatz von 30% ohne Ausnahmen gelten. Bei Betriebsvermögen könnten Erben ersatzweise eine stille Beteiligung in entsprechender Höhe an einen Staatsfonds abtreten. Eine solche Regelung würde zu einer absoluten Erbschaftsteuer von jährlich etwa 60 Mrd. € führen.

Eine Umsatzsteuer auf Aktien und Anleihen (0,1%) und auf Umsätze im Hochfrequenzhandel (0,01%) würde dem Staat etwa 50 Mrd. € zusätzlich einbringen. Zusammen mit den Einnahmen aus der Erbschaftsteuer könnten damit etwa 110 Mrd. € in einen Staatsfonds fließen, der langfristig den Schuldendienst sichern würde. Das Argument einer drohenden Kapitalflucht ist leicht zu entkräften: Vergleichbare Länder sind schon heute viel höher verschuldet als wir.

Zudem sind viele der global notwendigen Investitionen noch nicht budgetiert. Die Entwicklungsländer weisen zu Recht darauf hin, dass auch sie bis 2050 klimaneutral werden müssen, um dem Pariser Abkommen zu entsprechen. Dafür fordern sie eine jährliche Unterstützung in Höhe von 1,3 Billionen USD, bewilligt sind bisher lediglich 300 Mrd.

Für Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität sieht die UNO eine jährliche Finanzlücke von 700 Mrd. USD. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für innere und äußere Sicherheit weltweit alarmierend an.

Angeichts dieser absehbaren Belastungen ist es nur eine Frage der Zeit, wann global Erbschafts- und Finanztransaktionssteuern zur Finanzierung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften eingesetzt werden.

THOMAS FRITZ
Head of Climate & Sustainability Europe und Partner Energy & Natural Resources, Oliver Wyman

„Das Thema ist sehr vielschichtig und äußerst komplex. Daher brauchen wir Diskurs. Auf der einen Seite ist Wandel auf individueller Ebene nötig: die Bevölkerung passt ihre Verhaltensweisen an und fordert gleichzeitig Veränderungen von Unternehmen ein. Auf der anderen Seite brauchen wir entsprechende politische Rahmenbedingungen, Unternehmen, die sich in diesem Umfeld neu positionieren, und die Forschung. Wenn all diese Faktoren zusammenkommen, kann die grüne Transformation gelingen.“



FABIAN BRANDT
Market Leader Deutschland und Österreich, Oliver Wyman

Was braucht es, damit die Wirtschaft nachhaltiger und klimafreundlicher werden kann?

Zunächst müssen wir das Thema Klimaschutz von einer polarisierenden Debatte zwischen entgegengesetzten Weltanschauungen wieder zu einer sachlichen Diskussion zurückführen. Zu oft erleben wir Bevormundung auf der einen und reflexhafte Komplettverweigerung auf der anderen Seite. Ich bin überzeugt, dass sich Ökologie und Ökonomie sehr gut verheiraten und in Ausgleich bringen lassen. Allerdings muss der Veränderungsprozess gut gemanagt werden – auch mit Blick auf soziale Fragen.

Was ist denn konkret der Antrieb zur Veränderung?

Der wesentliche Motor für Klimaschutz kann nur echte Wirtschaftlichkeit sein. Der politische und regulatorische Flankenschutz für das Thema bröckelt massiv, unter anderem mit dem Erstarken populistischer Parteien in Europa, denen Klimaschutz kein Anliegen ist. Für Unternehmen gibt es dennoch einen Ansporn, auf technischen Fortschritt zu setzen, um sich am Markt zu behaupten. Zugespitzt lässt sich sagen: Klimaschutz ist entweder ein Wettbewerbsvorteil oder er findet nicht statt. Das Ziel lautet: besser und kostengünstiger dank Klimaschutz.

Klingt gut. Aber kann das gelingen?

Wenn die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden, kann es gelingen. Die mit Wind und Sonne erzeugte Energie schafft erhebliche Wettbewerbsvorteile für Unternehmen. Hinzu kommen der Ausbau der Batteriespeicher und der Stromnetze, in die bereits viel investiert wird, sowie die steigende Energieeffizienz durch digitale Lösungen und KI. Darauf muss man aufbauen. Ein weiteres Beispiel ist die E-Mobilität: Wenn sich die Batterie als teuerste Komponente weiter verbilligt, wird elektrisches Fahren in wenigen Jahren günstiger sein als der Verbrenner. Dennoch besteht bei einigen Konzepten Nachholbedarf. So müssen beispielsweise bei Wasserstoff, hydrierten Pflanzenölen oder grünem Stahl die regulatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Investitionen anzuregen und den Übergangsprozess zu meistern.



CORINNA WOLF
Vice President, Head of Global Sustainability & Human Rights Officer, Infineon Technologies AG

„Immer mehr Kundenanforderungen betreffen den Einsatz von recycelten Materialien. Gleichzeitig sehen wir, dass das Thema Dekarbonisierung nach wie vor von großer Bedeutung ist. So wie wir haben auch viele unserer Kunden Science-Based Targets, die ihre Lieferketten einschließen. Daher müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten – es braucht das gesamte Ökosystem, um voranzukommen.“